

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. November 1987

am Donnerstag, dem 5. November 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	4, 5	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	72
Bachmaier (SPD)	19, 20	Niegel (CDU/CSU)	27, 28
Becker (Nienberge) (SPD)	2, 3	Dr. Niese (SPD)	73, 74
Catenhusen (SPD)	58, 59	Pfeffermann (CDU/CSU)	52, 53
Duve (SPD)	60, 61	Dr. Pick (SPD)	17, 18
Eylmann (CDU/CSU)	50, 51	Frau Renger (SPD)	65, 66
Fischer (Homburg) (SPD)	56, 57	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	48, 49
Gansel (SPD)	36, 71	Schily (DIE GRÜNEN)	62, 63
Geis (CDU/CSU)	1, 8	Schmidt (München) (SPD)	77, 78
Gerster (Worms) (SPD)	67, 68	Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Hirsch (FDP)	54, 55	von Schmude (CDU/CSU)	23
Dr. Hüsch (CDU/CSU)	30, 31	Schütz (SPD)	21, 22
Huonker (SPD)	25, 26	Singer (SPD)	13, 14
Kirschner (SPD)	38, 39	Dr. Spöri (SPD)	24
Klein (Dieburg) (SPD)	75, 76	Dr. Sprung (CDU/CSU)	46, 47
Dr. Klejdzinski (SPD)	6, 7	Stiegler (SPD)	29, 37
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	40, 41	Frau Terborg (SPD)	42, 43
Kuhlwein (SPD)	34, 35	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	69, 70
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	44, 45	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	9, 10
Lowack (CDU/CSU)	64	Wiefelspütz (SPD)	15, 16
Müller (Pleisweiler) (SPD)	79	Dr. de With (SPD)	11, 12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für Innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen ist der Bundesregierung bekanntgeworden, daß deutschen Staatsangehörigen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, die Durchsetzung ihrer Rechte in der DDR, beispielsweise in Erbschaftsangelegenheiten, verweigert wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Planung und der Bau weiterer Munitionsdepots fortgesetzt werden müssen, nachdem im Ablauf des letzten Jahres neue Abrüstungsschritte erkennbar geworden sind, und ist unter diesen Gesichtspunkten der Weiterbau des Munitionsdepots in Saerbeck erforderlich?
3. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen über die weitere Verwendung nicht mehr benötigter Munitionsdepots?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

4. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß durch schleppende Bearbeitung durch das Bundesgesundheitsamt wichtige neue Medikamente betroffenen Patienten zu spät zur Verfügung gestellt werden?
5. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Welche Zeit wird benötigt von der Antragstellung auf Zulassung eines neuen Medikamentes bis zur Erteilung der Genehmigung durch das Bundesgesundheitsamt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

6. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Absicht der Bundesbahndirektion Hannover bekannt, den Güterzugbetrieb auf der Bundesbahnstrecke Rheine — Wettringen einzustellen, obwohl die Deutsche Bundesbahn für ihren Eigenbedarf selbst per Schiene über 7 000 Tonnen pro Jahr Bremsand aus einem Sandwerk in Neuenkirchen bezieht?

7. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß — unabhängig von der Umweltbelastung — die Straßenverbindungen im Raum Wettringen — Neuenkirchen — Rheine — Steinfurt nicht geeignet sind, diesen zusätzlichen Schwerverkehr aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

8. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)
- Wann ist mit dem Abschluß eines Rechts- und Amtshilfeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu rechnen?
9. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, dem Antrag des Amtsgerichts Tiergarten (Berlin) auf Auslieferung der deutschen Staatsbürgerin K. d. F., die von den französischen Behörden zwecks Auslieferung in Haft genommen worden war, nachdem sie jahrelang mit Billigung der französischen Regierung legal in Frankreich leben konnte, zuzustimmen, obwohl selbst die Bundesanwaltschaft kein Interesse signalisiert hat, für K. d. F. eine Auslieferung in die Bundesrepublik Deutschland zu erwirken?
10. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Welche einzelnen Bundesministerien haben dem Auslieferungsantrag mit welcher Begründung zugestimmt oder ist dies auf Initiative der gesamten Bundesregierung geschehen?
11. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Warum war es der Bundesregierung nicht möglich, die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. August 1987 (Drucksache 11/692) nach dem Tatsachenmaterial zu den Tatbeständen des Demonstrationsstrafrechts sowie -ordnungswidrigkeitenrechts innerhalb der üblichen Frist von 14 Tagen (§ 104 Abs. 2 GO-BT) zu beantworten?
12. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung bereits über genügende rechtstatsächliche Erkenntnisse, die erneute Gesetzesänderungen im Bereich des Demonstrationsstrafrechts zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtfertigen und erforderlich machen, oder ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die in Aussicht genommenen Gesetzesänderungen keiner rechtstatsächlichen Absicherung bedürfen?
13. Abgeordneter
Singer
(SPD)
- Hat der Bundesminister der Justiz vorgeschlagen oder beabsichtigt er, bis Ende des Jahres 1987 einen Referentenentwurf vorzulegen, wonach für Vermummungen die Ordnungswidrigkeitstatbestände nach dem Versammlungsgesetz auf Ansammlungen sowie für den Weg zu Versammlungen ausgedehnt werden sollen?

14. Abgeordneter
Singer
(SPD)
- Gibt es insoweit, verglichen mit dem Erkenntnisstand vom September 1987, neue Erkenntnisse oder Argumente, die eine Ausweitung des Normenbereichs im obigen Sinne angezeigt erscheinen lassen?
15. Abgeordneter
Wiefelspütz
(SPD)
- Welcher rechtspolitische Zwecke soll mit der beabsichtigten Strafvorschrift für besonders schwere Fälle der Störung öffentlicher Betriebe (§ 316 b StGB) verfolgt werden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Schaffung einer solchen Strafvorschrift eine Einschränkung des Streikrechts sowie eine strafrechtliche Disziplinierung der Gewerkschaften ermöglicht werden?
16. Abgeordneter
Wiefelspütz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung, nachdem in der letzten Legislaturperiode bereits Anhörungen vor dem Rechtsausschuß sowie im Bundesministerium der Justiz stattgefunden haben, bereit, bis Ende des Jahres 1987 einen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe vorzulegen?
17. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)
- Auf welchen rechtstatsächlichen Erkenntnissen und wissenschaftlichen insbesondere kriminologischen Untersuchungen beruht die von der Bundesregierung beabsichtigte Erweiterung der Strafbarkeit bzw. der Erhöhung des Strafraums bei den Straftatbeständen der § 239 a, b StGB, § 243 Abs. 1 StGB (erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Diebstahl von Waffen, Munition und Sprengstoff)?
18. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung kriminalwissenschaftlich und -politisch das Erfordernis einer ständigen Ausweitung der Strafbarkeit, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit?
19. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Hinblick auf die von den Regierungsparteien fest vereinbarte Erweiterung der Tatbestände der §§ 239 a, b, 243 Abs. 1 StGB bereits jetzt die Abstimmung zwischen dem Bundesminister der Justiz und dem Bundesminister des Innern erfolgt?
20. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Befürwortet die Bundesregierung die Schaffung einer Strafvorschrift, die jedwede Sitzblockade unter Strafe stellt?

21. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Hat sich die Bundesregierung der Zustimmung der beteiligten Ministerien dahin gehend versichert, daß die Gesetze zur inneren Sicherheit, die nach dem Koalitionsgespräch vom 6. Oktober 1987 ausformuliert und auf den Weg gebracht werden sollen, unabhängig von der Tätigkeit und den Ergebnissen der noch einzusetzenden „Gewaltkommission“ im Gesetzgebungsverfahren vorangetrieben werden?
22. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Um welche Gesetze handelt es sich hierbei im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, die von ihr vertretene Rechtsauffassung durchzusetzen, wonach die von DDR-Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland erzielten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Einkommensteuer zu belasten sind?
24. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß laut Steuerbelastungsbericht (Drucksache 10/5266) bereits im Jahr 1980 je Lohnsteuerpflichtigem durchschnittliche Werbungskosten von 1 437 DM geltend gemacht wurden, die im Jahr 1990 nach heutigem Recht durchschnittlich geltend zu machenden Werbungskosten der Arbeitnehmer?
25. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie hoch werden im Falle der Verwirklichung der vom Bundesminister der Finanzen für 1990 beabsichtigten Steueränderungen die Steuermehreinnahmen im Entstehungsjahr 1990 durch Schaffung einer einheitlichen Arbeitnehmerpauschale von 1 644 DM bzw. 2 004 DM bei gleichzeitiger Abschaffung des Weihnachts- und des Arbeitnehmerfreibetrages sein, und wie hoch sind die Steuerausfälle durch die gleichzeitige Erhöhung der Kilometerpauschale auf 0,50 DM?
26. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie viele Steuerpflichtige werden im Falle der Verwirklichung der vom Bundesminister der Finanzen für 1990 beabsichtigten Steueränderungen künftig allein deshalb einen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen müssen, weil ihre Kirchensteuer den bisherigen Sonderausgaben-Pauschbetrag von 270 DM/540 DM (Alleinstehende/Verheiratete) nicht übersteigt, und in welchem Umfang wird dadurch der mit der sogenannten Arbeitnehmerpauschale angestrebte Vereinfachungseffekt für Lohnsteuerzahler und Finanzverwaltung zunichte gemacht?

27. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß unter Vorwegnahme der Gesetze über die Steuerreform die Betriebsprüfer in der Außenprüfung der Finanzämter bereits mündlich angewiesen wurden, die Kapitalbewegungen der Betriebe mit dem Ausland besonders zu beobachten?
28. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Steuerreform eine Strafflosigkeitserklärung für diejenigen Steuerpflichtigen, die bisher aus Unkenntnis ihre Kapitalerträge nicht ordnungsgemäß versteuert haben?
29. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Anhebung der Mineralölsteuer im Zusammenhang mit der EG-Finanzierung (oder in welchem anderen Zusammenhang auch immer), und welche Kompensation für die Fernpendler wird in diesem Zusammenhang überlegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Ersuchen der europäischen „Ferro-Legierungs-Industrie“ auf Einbeziehung von „Ferro-Chrom“ in die Produktliste gemäß Artikel 81 des EGKS-Vertrages zu unterstützen?
31. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Ist von der Einbeziehung des „Ferro-Chroms“ in die Produktliste nach Artikel 81 des EGKS-Vertrages ein positiver Beitrag zur Erhaltung des einzigen deutschen Ferro-Chrom-Werkes, der „Elektrowerke Weisweiler GmbH“, und damit auch ein positiver Einfluß auf die Erhaltung der verbliebenen Arbeitsplätze dieses Industriezweiges zu erwarten?
32. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Trifft der durch die aktuellen Presseveröffentlichungen der letzten Wochen entstandene Eindruck zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, schon vorzeitig 1991 den Eschweiler Bergwerks-Verein durch Streichung von Fördermitteln des Bundes zu einer vorzeitigen Betriebsschließung zu zwingen?
33. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine vorzeitige Streichung der Unterstützung des EBV vor 1994 die Arbeitslosigkeit im Aachener Raum auf über 20 v. H. ansteigen wird und nicht genügend Ersatzarbeitsplätze rechtzeitig geschaffen werden können?

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Welches Ergebnis hatten die Verhandlungen über eine gemeinsame Richtlinie des Rates der EG zur Anerkennung von Architekten-Diplomen (Architekten-Richtlinie) für die Absolventen von Fachhochschulen, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis? |
| 35. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, in der EG dafür zu sorgen, daß die gemeinsame Anerkennung von Ingenieur-Diplomen in einer besonderen Richtlinie (Ingenieur-Richtlinie) geregelt wird, und wird sie dabei auf eine Nicht-Diskriminierung der deutschen Fachhochschulausbildung achten? |
| 36. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Wie weit ist der Vertrag zwischen der Kraftwerksunion und der iranischen Regierung über den Bau des Atomkraftwerkes Buscher erfüllt, und wie beurteilt die Bundesregierung weitere Leistungen des Unternehmens und Zulieferungen anderer Unternehmen unter Berücksichtigung des irakisch-iranischen Krieges? |
| 37. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Welche Auswirkungen hat die beabsichtigte Streichung des Investitionszulagengesetzes und die Aufstockung der GA-Mittel (30 v. H. Zonenrandanteil) auf die Förderung des Zonenrandgebietes, und welches Mittelvolumen würde – bezogen auf den aktuellen Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe – künftig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in Zukunft im Zonenrand- und Grenzgebiet zur Verfügung stehen, wenn die Absichten der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Steuerreform verwirklicht würden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 38. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Ist es zutreffend, daß im letzten Bericht des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen (1987) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgehalten ist, daß die Bundesregierung die seit der 65. Tagung (teilweise und vollständig seit der 68. Tagung) der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) verabschiedeten Übereinkommen und Empfehlungen nicht oder nicht fristgerecht den zuständigen nationalen gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt hat? |
|---|--|

39. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung damit gegen die sich aus Artikel 19 der ILO-Verfassung ergebenden völkerrechtlichen Verpflichtungen verstößt, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der ILO-Verfassung rechtzeitig und umfassend nachzukommen?
40. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im Familien- und Scheidungsrecht das Prinzip der Partnerschaftsehe und im heutigen Rentenrecht das Prinzip der Hausfrauenehe rechtsgestaltend ist?
41. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, im Zuge der anstehenden Rentenreform eine mathematische Rentenformel zu entwickeln, in der die generativen Leistungen von Familien und Alleinerziehenden in geldliche Ansprüche umgewandelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

42. Abgeordnete
**Frau
Terborg**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den Fernsehbericht „Panorama“ vom 20. Oktober 1987 bestätigen, laut dem es bei der Preussen-Elektra zu einer „Schmiergeldaffäre“ bezüglich des Baus und Ausbaus bzw. der Reparatur des Kernkraftwerkes Esenshamm gekommen ist, und wie hoch wird der vermutliche Schaden, der daraus entstanden ist, sein?
43. Abgeordnete
**Frau
Terborg**
(SPD)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von der Preussen-Elektra-Affäre, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um die Möglichkeit definitiv auszuschließen, daß eventuell korrumpierte Beschäftigte unter Umgehung der zuständigen Behörden für die Reparatur eines Kernkraftwerkes Firmen verpflichten, die im Sicherheitsbereich tätig werden, ohne hierfür fachlich qualifiziert zu sein?
44. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Gegenüber welchen AKW-Betreibern sind – nach Aufdeckung der Schmiergeld-Praxis der Firma Transnuklear – von seiten der zuständigen Landesministerien Verfahren zur Überprüfung der nach Atomgesetz verlangten Zuverlässigkeit des Betreibers in Gang gesetzt worden?

45. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung angesichts des in der Panorama-Sendung vom 20. Oktober 1987 aufgedeckten neuen Korruptionsfalles beim AKW Unterweser und der dort vom Geschäftsführer der Hagenah erläuterten Praxis, daß die AKW-Betreiber es generell vorziehen, mit kleineren Reparaturfirmen zusammenzuarbeiten, welche wirtschaftlich in Abhängigkeit von ihnen geraten und dann veranlaßt werden können, Reparaturen auch im sicherheitsrelevanten Bereich auszuführen, mit denen notwendige Genehmigungsverfahren umgangen werden, weiterhin von der gesetzlich erforderlichen Zuverlässigkeit der AKW-Betreiber ausgehen, und falls ja, wie begründet die Bundesregierung das?
46. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes die Entsorgung und Rückgewinnung von Zink aus zinkhaltigen Materialien (wie z. B. Zinkschrott, zinkhaltiger Schrott und Galvanikschlämme) erforderlich ist?
47. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Welches Verfahren ist nach Auffassung der Bundesregierung dafür geeignet – wie beurteilt sie z. B. das new-Jersey-Verfahren –, und ist sie bereit, das Zinkrecycling finanziell zu fördern?
48. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse über die Belastung des Trink- und Grundwassers durch Atrazin und Nitrat in EG-Ländern mit besonders intensiver Veredlungswirtschaft wie etwa Holland und Belgien bekannt?
49. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung eine steigende Tendenz bei der Belastung des Grundwassers mit Pflanzenschutzmitteln und Nitrat in EG-Ländern mit intensiver Veredlungswirtschaft bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

50. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Meint die Bundesregierung, daß es dem Ziel, in Stadt und Land annähernd gleiche Informationsmöglichkeiten zu schaffen, förderlich ist, wenn die Deutsche Bundespost die Breitbandverkabelung in ländlichen Gebieten von finanziellen Zuschüssen der Gemeinden abhängig macht, die in aller Regel wegen der schwächeren kommunalen Steuerkraft auf dem Lande nicht aufgebracht werden können?

51. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine annähernd gleiche Behandlung der städtischen und ländlichen Räume bei der Breitbandverkabelung der Gefahr entgegenzuwirken, daß der ohnehin durch die Krise der Landwirtschaft geschwächte ländliche Raum immer weiter hinter den städtischen Regionen zurückfällt?
52. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung bei der derzeitigen Ausbildungsplatzsituation insbesondere die Pflicht der öffentlichen Unternehmen zur optimalen Ausnutzung ihrer Ausbildungskapazitäten, und hat die Deutsche Bundespost auch alle ihre Ausbildungsmöglichkeiten ausgenutzt?
53. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß jedem Auszubildenden, der in diesem Jahr seine Ausbildung bei der Deutschen Bundespost beendete, ein Arbeitsplatz angeboten worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

54. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- War der Bundesregierung bei Erteilung ihres Gutachtenauftrages hinsichtlich des Schnellen Brüters Kalkar an die Firma Motor Columbus Ingenieurunternehmungs AG bekannt, daß diese Firma Hauptaktionär der schweizerisch-amerikanischen Elektrizitätsgesellschaft und daß sie an der Schweizer Aare-Tessin-AG mit 45 v. H. beteiligt und damit mittelbare Eignerin von zwei in der Schweiz gelegenen Atomkraftwerken ist?
55. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Hat die Firma Motor Columbus Ingenieurunternehmungs AG bei ihrem Gutachten berücksichtigt, daß Frankreich den dortigen Schnellen Brüter, der seit vielen Monaten an einer nicht bewältigten Natrium-Leckage leidet, voraussichtlich stilllegen wird, und welche technologischen und wirtschaftlichen Folgen sieht das Ingenieurbüro für Frankreich als Folge dieser Entscheidung voraus?
56. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Ist dem Bundesminister für Forschung und Technologie unbekannt gewesen, daß das Schweizer Ingenieurunternehmen, das das Gutachten zum forschungspolitischen Nutzen des SNR 300 in Kalkar erstellt hat, in vielfacher Weise direkt und indirekt an Kernkraftwerken beteiligt ist und sogar bei einzelnen Projekten mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, dem Betreiber des umstrittenen Schnellen Brüters in Kalkar, zusammenarbeitet?

57. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Ist der Bundesminister für Forschung und Technologie bereit zuzugeben, daß wegen einer solchen Interessenverquickung die den Schnellen Brüter befürwortenden Ergebnisse nicht überraschen können und keine zulässige Aussage über den wirtschaftlichen sowie wissenschaftlichen Nutzen des Schnellen Brüters erlauben, und ist der Bundesminister außerdem bereit, die Öffentlichkeit über die Kosten dieser Studie zu informieren?
58. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, wie vom Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Riesenhuber, am 28. Juli 1987 angekündigt, noch vor der Ministerratssitzung der ESA Anfang November 1987 eine Kabinettsentscheidung über eine bundesdeutsche Beteiligung an den Großprojekten COLUMBUS, HERMES und ARIANE V treffen, und teilt sie noch heute die Auffassung des Bundesministers für Forschung und Technologie vom 28. Juli 1987, daß die Großprojekte entscheidungsreif sind?
59. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Auffassung von Wissenschaftlern ein, daß das französische Projekt HERMES im Grundsatz eine zu spät kommende Kopie des amerikanischen Space-Shuttle darstellt, auf Grund seiner geringen Transportkapazität zu geringe Einsatzmöglichkeiten bietet und auch nur zu einem geringen Teil die Entwicklung von Technologien ermöglicht, die für fortgeschrittene Raumtransportsysteme wie „Sänger“ Verwendung finden können?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

60. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wie rechtfertigt Bundeskanzler Kohl seine Einwirkung auf vorstandsinterne Angelegenheiten des Springer-Konzerns (vgl. den Bericht des SPIEGEL vom 12. Oktober 1987), die in Widerspruch stehen zu der vom Grundgesetz geforderten Zurückhaltung bei internen Medienvorgängen?
61. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- In welcher Form hat der Bundeskanzler in die Diskussion um die Aktienmehrheit bei der Springer AG eingegriffen?
62. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Trifft der Bericht des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ (Ausgabe vom 12. Oktober 1987, Nr. 42, S. 14) zu, daß Bundeskanzler Kohl vor einigen Wochen in Wien mit Simon Wiesenthal zusammengetroffen ist, um Erkenntnisse über die Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zu erörtern?

63. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt Bundeskanzler Kohl, nachdem er früher die Wahl von Kurt Waldheim zum österreichischen Bundespräsidenten unterstützt hat, ihn nunmehr dazu zu bewegen, von seinem Amt zurückzutreten, und wie rechtfertigt Bundeskanzler Kohl gegebenenfalls seine Aktivitäten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

64. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsachen, daß die Sowjetunion dem marxistischen Regime in Luanda Waffenhilfe in Höhe von 4 Milliarden Dollar gewährt und die Zahl der kubanischen Truppen im Lande in letzter Zeit auf 37 000 Mann verstärkt worden ist, bereit, verstärkt aktiv dazu beizutragen, daß es zu einem Waffenstillstand in Angola kommt?
65. Abgeordnete
Frau Renger
(SPD)
- Weshalb hat es die Bundesregierung im Gegensatz zu ihren Absichtsbekundungen von 1983 und 1985 unterlassen, das Auslandsschulwesen weiterzuentwickeln, so daß beispielsweise der Personalbestand deutscher Lehrer im Ausland nach einer Steigerung auf Grund der Rahmenplanung 1978 nunmehr erheblich zurückgegangen ist?
66. Abgeordnete
Frau Renger
(SPD)
- Trifft es zu, daß seit einiger Zeit auch das in der Bundesrepublik Deutschland für die Auslandsschulen neuverpflichtete Lehrpersonal nach den Tarifen der jeweiligen Ortslehrkräfte entlohnt wird, was sich demzufolge insbesondere für die deutschen Lehrkräfte in sogenannten Niedriglohnländern der Dritten Welt auswirkt, und sie im Vergleich zu den früher eingestellten deutschen Lehrern benachteiligt?
67. Abgeordneter
Gerster (Worms)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um den geplanten Stellenabbau von rund 4 000 zivilen Arbeitsplätzen bei den US-Streitkräften, die derzeit von deutschen Arbeitnehmern besetzt sind, zu verhindern?
68. Abgeordneter
Gerster (Worms)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem amerikanischen Bündnispartner in nachdrücklicher Form klar zu machen, daß die Beschäftigung deutscher Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften in Regionen schwacher Wirtschaftsstruktur von deutschen Bürgern als ein gewisser Ausgleich für die zum Teil erheblichen Verteidigungslasten angesehen wird?

69. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Tatbestand, daß die US-Armee ca. 18 v. H. der deutschen zivilen Planstellen im Bereich „USAREUR“ in Rheinland-Pfalz abbauen will, was einen Verlust von etwa 1 300 Arbeitsplätzen in einer Region bedeuten würde, die militärische Belastungen für die NATO trägt, aber über keine Industrie zum Auffangen von Arbeitslosen verfügt?
70. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß außerdem noch 110 Arbeitsplätze im medizinisch-technischen Bereich des Standortes Pirmasens/Landstuhl abgebaut werden sollen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die USA an Versicherungen bezüglich des Erhalts der Arbeitsplätze zu erinnern, die von führenden Vertretern der amerikanischen Administration der Bundesregierung, der Landesregierung Rheinland-Pfalz und einzelnen Politikern gegeben wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

71. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welcher Herkunft waren die 400 Schnellfeuer-
gewehre und 2 000 Handgranaten, deren Lief-
erung ins Ausland das Bundeskriminalamt nach
seinen eigenen Angaben in der letzten Woche
verhindert hat, und in welches Land sollten sie
geliefert werden?
72. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die jetzt noch
gegebenen versicherungsrechtlichen und ver-
sorgungsrechtlichen Bestimmungen so zu än-
dern, damit vollzeitbeschäftigte Mitarbeiterin-
nen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes
ohne Nachteile in eine Teilzeitbeschäftigung
wechseln können?
73. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die vom Parlama-
ntarischen Staatssekretär Spranger in Karlstadt am
Main geäußerte Auffassung, daß zukünftig alle
privaten Bauherren gesetzlich verpflichtet wer-
den sollen, zusätzliche strahlensichere Schutz-
räume zu errichten, die auch in Friedenszeiten
sowohl einen Schutz vor Brand und herabfallen-
den Trümmern als auch vor chemischen Stoffen
und radioaktiven Strahlen bieten?
74. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD)
- Wie hat man sich einen solchen Katastrophenfall
in Friedenszeiten vorzustellen, der einen solchen
Schutzraum notwendig macht?

- | | |
|--|--|
| 75. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Über welche rechtstatsächlichen Kenntnisse verfügt die Bundesregierung zur Begründung der nach den Koalitionsverhandlungen bis Ende des Jahres 1987 beabsichtigten Einführung eines allgemeinen strafbewehrten Verbotes der passiven Bewaffnung? |
| 76. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Welchen Sinn und welche Aufgabe hat die von der Bundesregierung geplante „Gewaltkommission“, wenn unabhängig von deren Ergebnissen Gesetzentwürfe zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts vorgelegt werden sollen? |
| 77. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) | Welchen Arbeitsauftrag hat die Kommission zur Erforschung der Gewalt, die von der Bundesregierung eingesetzt werden soll? |
| 78. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) | Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über die personelle Zusammensetzung der Kommission? |
| 79. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD) | Hat die Bundesregierung ein Konzept für die Verwendung der Beschäftigten an unseren Grenzen, wenn der europäische Binnenmarkt verwirklicht worden ist? |

Bonn, den 30. Oktober 1987

